



POLITIK / REDAKTION

Frieden - verteilte Kampfpräsenzen ...

(SB) - Die Bundeswehr wird weiter an der Befriedung anderer Länder und damit ihrer Zurichtung auf die Verwertungsinteressen Deutschlands teilnehmen. Am Mittwoch hat das Bundeskabinett die Verlängerung von drei Afrikamissionen der deutschen Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Eine Zustimmung des Bundestags gilt als sicher ... (S. 6)

POLITIK / KOMMENTAR

Innenministerium - der große Bruder darf horchen ...

(SB) - Die Pläne zum Ausbau der Befugnisse von Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst von Horst Seehofer sind ein erneuter radikaler Angriff auf die ... (S. 9)

DIE BRILLE / REDAKTION

Lukas Rietzschel

Mit der Faust in die Welt schlagen

von Christiane Baumann

"Ein Hochhaus stand noch, dagegen schlug Marco mit seiner bloßen Faust" (69) - Es ist eine Episode am Beginn von Lukas Rietzschels Roman-Erstling *Mit der Faust in die Welt* ... (S. 15)

Frauenstreik - rückwärts in Brasilien ...

Die Werkstatt der Zukunft bedarf vieler Hände und heißen Atems. Eine Welt weiblichen Jammers wartet auf Erlösung. Da stöhnt das Weib des Kleinbauern, das unter der Last des Lebens schier zusammenbricht. Dort in Deutsch-Afrika in der Kalahariwüste bleichen die Knochen wehrloser Hereroweiber, die von der deutschen Soldateska in den grausen Tod von Hunger und Durst gehetzt worden sind. Jenseits des Ozeans, in den hohen Felsen des Putumayo, verhallen, von der Welt ungehört, Todesschreie gemarterter Indianerweiber in den Gummipflanzungen internationaler Kapitalisten.

Rosa Luxemburg in Sozialdemokratische Korrespondenz, Nr. 27 vom 5. März 1914 [1]

(SB) 4. April 2019 - "Marielle presente!" Immer wieder ertönt dieser Ruf fast wie ein Aufschrei aus den Mündern einer kleinen Gruppe von AktivistInnen am Rande des Hamburger Rathausmarktes und auf der von dort aus startenden Demonstration zum Internationalen Frauenkampftag [2]. Die aus Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern stammenden Frauen haben die Namen diverser bekannter AktivistInnen auf ihre Schilder gemalt, die ermordet wurden, weil sie für den Erhalt der Natur, die sozialen Rechte von KleinbäuerInnen oder den Schutz indigener Minderheiten eintraten. Der im südlichen und mittleren Teil der Americas ausgebrochene Kampf um pflanzliche und mineralische Rohstoffe, um die von agroindustriellen Monopolisten und Bergbaukonzernen betriebene Landnahme und die bei der Bewirtschaftung der gigantischen Anbauflächen und

Rinderweiden unter sklavenartigen Bedingungen verrichtete Arbeit hat längst den Charakter eines permanenten Krieges gegen die Interessen der dort lebenden Menschen angenommen.

Nirgendwo werden mehr VerteidigerInnen der Natur, des Landes und des Wassers ermordet als in dieser seit Jahrzehnten von Sozialkämpfen erschütterten Region. Die Spuren der in den 1960er und 1970er Jahren erfolgten Interventionen imperialistischer Staaten und die daraus resultierende Etablierung brutaler Militärregimes sind bis heute sichtbar, etwa anhand der Existenz von US-Beratern ausgebildeter und in den Feinheiten grausamer Folterpraktiken unterwiesener Militär- und Polizeieinheiten, die in Brasilien bei der Ermordung von Straßenkindern oder beim Eindringen in die Favelas bis heute wie Todeschwadronen vorgehen. Die wirt-



Kein Vergeben, kein Vergessen!
Foto: © 2019 by Schattenblick

schaftlichen Motive, aufgrund derer die BRD mit den lateinamerikanischen Militärdiktaturen kooperierte, sind in Zeiten anwachsenden Ressourcenmangels womöglich noch plausibler begründet für Staaten aus der EU, die ansonsten Gefahr liefen, in der globalen Konkurrenz abgehängt zu werden. Dabei hat der neokolonialistische Rohstoffextraktivismus durch die Rodung der verbliebenen amazonischen Regenwälder und den an ihre Stelle tretenden Anbau von Monokulturen wie Soja für die Tiermast, die Methanemissionen der intensiven Rinderhaltung, die Vergiftung ganzer Flüsse und Ökosysteme durch die Leckagen und Dammbrüche der Rückhaltebecken des Eisenerzabbaus als auch den Bau gigantischer Staudämme zur Stromproduktion eine das Leben auf dem ganzen Planeten bedrohende Dimension erreicht.

Dies erfolgt bis heute in einem kapitalistischen Weltsystem, das von einem steilen Produktivitätsgefälle zwischen den Metropolen-

gesellschaften Nordamerikas, Westeuropas und Ostasiens und dem Globalen Süden bestimmt ist. Rohstoffreiche Länder wie Brasilien waren schon immer Ziel der Aneignungsstrategien US-amerikanischer wie westeuropäischer Regierungen und Konzerne, wie die weitreichende Unterstützung lateinamerikanischer Militärdiktaturen durch Regierungen und Unternehmen der BRD belegt. Es ist mithin nicht erstaunlich und dokumentiert historische Kontinuität, daß der Amtsantritt des rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro Anfang des Jahres von deutschen wie US-amerikanischen Konzernen und Investoren ausdrücklich begrüßt wurde. Der Mann weiß Ordnung zu halten, tritt für christlich-fundamentalistische Werte ein und ist aller sozialistischen Ambitionen unverdächtig, was bei VorgängerInnen wie Lula und Dilma Rousseff nicht ausgeschlossen werden konnte.

Dementsprechend sind die in langwierigen Kämpfen errungenen Minderheitenrechte insbesondere indigener und geschlechtlicher Art durch seine Regierung akut bedroht. Wie bereits sein Vorgänger Temer ist Bolsonaro aufs engste mit den Akteuren der mächtigen Agro- und Fleischindustrie verbunden, so dem weltgrößten Fleischproduzenten JBS, dessen Inhaber ganze brasilianische Regierungen in der Hand gehabt haben sollen. Akteure wie diese sind allein daran interessiert, ihr Geschäft mit der Welternährung weiter auf Kosten von Menschen auszudehnen, die in Brasilien kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft betreiben. Da die Bundesrepublik einen Großteil der Futtermittel für eine expansive Tierproduktion, für deren Aufrechterhaltung aus eigenen Kräften die hiesigen Ackerflächen dreimal so groß sein müßten wie sie sind, aus Brasilien einführt, sind die Interessen ihrer politischen und agrarindustriellen Akteure klar auf der Seite Bolsonaros postiert.



La Huelga Feminista 8M - Frauenstreik lateinamerikanisch
Foto: © 2019 by Schattenblick

Gegen die mithin auch von Deutschland ausgehende Zerstörung natürlicher Lebensgrundla-

gen, die für die betroffenen BäuerInnen nichts weniger als die akute Gefahr des Hungerns bedeuten, wehren sich in Brasilien große soziale Bewegungen wie das für eine gerechte Umverteilung des Agrarlandes kämpfende Movimento dos Trabalhadores Sem Terra (MST). Bolsonaro hat die für Landreformen zuständigen Behörden mit zahlreichen ehemaligen und aktiven Militärs besetzt, die die MST-AktivistInnen im Schulterschluss mit den GroßgrundbesitzerInnen massiv bedrohen und kriminalisieren [3]. Nicht nur, daß angekündigt wurde, den 350.000 Familien das Land, das ihnen mit Hilfe des MST zugeteilt wurde, wieder wegzunehmen, vielmehr soll auch die Ermordung von AktivistInnen der Landlosenbewegung, die allein 2018 in den sozialen Kämpfen in ländlichen Gebieten 108 Todesopfer zu beklagen hatten, weitgehend straflos bleiben.

Die Bewegungen der Landlosen und Indigenen werden zu einem Gutteil von Frauen und Feministinnen getragen. Sie sind häufig in mehrfacher Weise von patriarchaler Unterdrückung betroffen, zu der auch die monopolistische Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu rechnen ist [4]. Zu dem Problem, in einer ausgesprochenen Machogesellschaft zu leben und auf reproduktive Arbeit festgelegt zu werden, ohne die Mittel dazu zu haben, kommt für viele erschwerend hinzu, daß sie nicht weiß sind oder zu Minderheiten wie der LGTB-Bewegung gehören.

Für diese setzte sich auch die Stadträtin Marielle Franco ein. Die 38jährige lesbisch lebende Schwarze, die in der Favela Maré in Rio de Janeiro aufwuchs und

lebte, gehörte der Partido Socialismo e Liberdade (PSOL) an. Sie kämpfte gegen die Akzeptanz von Femiziden, setzte sich für soziale und reproduktive Rechte ein und versuchte, Ermittlungen gegen Polizeibeamte einzuleiten, die für ihr brutales Vorgehen bekannt sind. Marielle Franco wurde am 14. März 2018 in ihrem Auto zusammen mit ihrem Fahrer Anderson Gomes mit den aus einer Schußwaffe des Fabrikates Heckler & Koch abgefeuerten Kugeln regelrecht hingerichtet. Das bis heute unaufgeklärte Attentat gilt als politischer Mord an einer Frau, die den Herrschenden so unbequem geworden war, daß sie beseitigt werden mußte. Anhand von Indizien wird auch eine Verbindung zu Bolsonaro gezogen.



Auch Hamburg braucht den Widerspruch der brasilianischen Opposition

Foto: © 2019 by Schattenblick

Antifeminismus, Trans- und Homophobie ... mörderisches Gebräu aus toxischer Männlichkeit

Unter den Ländern mit den höchsten Raten von Männern an Frauen begangener häuslicher Gewalt nimmt Brasilien weltweit den fünften Platz nach El Salvador, Kolumbien, Guatemala und Rußland ein. 10 bis 15 Morde sowie Hunderte Vergewaltigungen und andere Gewalttaten müssen die

Frauen des Landes täglich erdulden. Dennoch gibt es in diesem 200 Millionen Menschen großen Staat nur 74 Orte wie Frauenhäuser, an denen sich Frauen in Sicherheit bringen können, wenn sie vor häuslicher oder anderer Gewalt fliehen. Schwarze Frauen, die indigenen Gruppen oder der LGBT Community angehören, als auch Politikerinnen und Menschenrechtsaktivistinnen tragen das höchste Risiko, ermordet zu werden.

2006 unterschrieb Präsident Lula ein Gesetz gegen häusliche Gewalt, das als Lei Maria da Penha bekannt wurde. Sie sollte von ihrem Ehemann erschossen werden, doch als sie dabei nicht starb, setzte er ihr mit Stromschlägen zu. Maria de Penha überlebte und initiierte mit ihrem Kampf gegen die Akzeptanz derartiger Gewalttaten durch die Regierung das erste Gesetz gegen häusliche Gewalt in Brasilien überhaupt. Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff unterschrieb 2015 ein Gesetz gegen den Femizid, also die Ermordung von Frauen allein aus dem Grund, daß sie Frauen sind.

Nicht zuletzt der starke Zuwachs an AnhängerInnen, den die aus den USA importierten evangelikalen Kirchen seit einigen Jahren verzeichnen, trägt zur Ausbreitung von Homophobie, Transphobie und Antifeminismus [5] in epidemischem Maße bei. Die Dominanz patriarchaler Moralvorstellungen sorgt auch dafür, daß das restriktive Abtreibungsgesetz des Landes nicht gelockert wird. Schwangerschaftsabbrüche sind in Brasilien nur nach Vergewaltigung oder einem für die Frau lebensbedrohlichen Verlauf der Schwangerschaft legal. Obwohl

die Durchführung eines illegalen Schwangerschaftsabbruches mit bis zu 4 Jahren Haft bestraft wird, haben 2015 geschätzte 416.000 Brasilianerinnen abgetrieben. Von diesen Eingriffen wurden lediglich 1667 legal vollzogen, was bedeutet, daß alle anderen Frauen erheblichen medizinischen Risiken ausgesetzt waren, den Abbruch privat bezahlen und dabei als Bittstellerinnen auftreten mußten.

orientierung resultieren. Häufig von den eigenen Familien verstoßen und gleichermaßen so sehr von der Polizei bedroht, daß von dort keine Hilfe zu erwarten ist, sind sie regelrechtes Freiwild von Männern, die ihre Lust am Erniedrigen, Foltern und Zerstückeln als "abnorm" verunglimpfter Menschen an ihnen ausleben. Einige Taten fanden in aller Öffentlichkeit statt, ohne daß den Opfern jemand zur Hilfe kam, und wur-

trem zu verschlechtern. Die Gewalt gegen Frauen, Schwarze und Minderheiten wie die LGBT-Bewegung nehme weiter zu, zudem würden soziale Garantien etwa im Gesundheitsbereich durch diese Regierung abgebaut, was Frauen ebenfalls schade. Der deutschen Industrie attestierte sie großes Wohlwollen gegenüber Bolsonaro, was die Lage der von seiner Regierung unterdrückten Menschen weiter verschlechtere. Sie erwähnte auch den Staudammbruch in Brumadinho Anfang des Jahres, den eines der drei größten Bergbauunternehmen der Welt, Vale, zu verantworten hat. Es ist nicht die erste Katastrophe, die beim Abbau von Eisenerz durch ein Unternehmen geschah, dessen Profiteure an den Börsen Europas herzlich egal ist, wenn wieder einmal Hunderte Menschen sterben und das knappe Süßwasser ganzer Flüsse vergiftet wird. Ihre Kritik richtet sich an die Bundesregierung, die dem negativen Einfluß deutscher Konzerne zu wenig entgegengetre, wie die transnationalen Unternehmen, die mit ihren zerstörerischen Praktiken fortfahren und nicht einmal die verlangte Entschädigung der Opfer geleistet haben.



Unterdrückung sichtbar machen
Foto: © 2019 by Schattenblick

In der von verlogener machistischer Sexualmoral vergifteten Gesellschaft Brasiliens sind Trans-Personen besonders gefährdet. Rund die Hälfte aller weltweit an dieser höchst verletzlichen Gruppe begangenen Morde finden in einem Land statt, über das in der Berichterstattung über den Karneval von Rio der falsche Eindruck einer großen Libertinage in allen Geschlechterfragen erzeugt wird. Die rund 300 im Jahr ermordeten Trans-Menschen fallen fast immer sogenannten Haßverbrechen zum Opfer, die allein aus der Aggression gegen ihre Geschlechter-

den gefilmt, so daß auch noch ihre FreundInnen und Angehörigen die grausamen Details ihres Endes anschauen können. Auch bei dieser Gruppe von Betroffenen handelt es sich überwiegend um nichtweiße Menschen, was ihre straflos bleibende Angreifbarkeit weiter erhöht.

Gefragt nach der Situation der Frauen unter Bolsonaro antwortete eine brasilianische, in Deutschland lebende Aktivistin, daß diese drohe, sich ex-



Feminismus und Antikapitalismus sind eins

Foto: © 2019 by Schattenblick



Der Frauenkampftag ist international, dem wird durch den Blick auf die Lage von Frauen und LGTBIQ-Menschen in den Ländern des Globalen Südens durchaus entsprochen. Für die politischen und ökonomischen Bedingungen ihrer Unterdrückung zeichnet auch das Bürgertum der Bundesrepublik verantwortlich. Dies stärker herauszustellen und zu fragen, was noch alles getan werden kann, um die sozialen Kämpfe in Ländern wie Brasilien oder Argentinien, wo es ebenfalls einen traurigen Rekord an Femi-ziden zu verzeichnen gibt, mit dem Widerstand gegen antifeministische und transphobe Aggressionen zu verknüpfen trüge zur weiteren Politisierung und einer den wachsenden Herausforderungen des Patriarchats angemessenen Radikalisierung der Frauenbewegung hierzulande zweifellos bei.

Anmerkungen:

[1] Nach Rosa Luxemburg Gesammelte Werke, Band 3, Berlin 1973, S. 410-413

<https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/luxemburg/luxemburg-1914/rosa-luxemburg-die-proletarierin>

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0119.html>

[3] <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/neuer-staatssekretaer-bricht-dialog-mit-mst>

[4] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0267.html>

[5] <http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbrb0078.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0124.html>

*"Nicht eine weniger!" - Kampf dem Femizid
Transparente 'Ni Una Menos'
und 'Marielle vive'
Foto: © 2019 by Schattenblick*

SCHACH - SPHINX

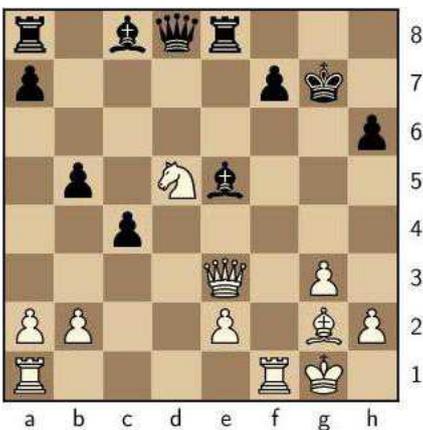
Tarrasch forever?

(SB) Wie heftig hatte Siegbert Tarrasch nach 1.d2-d4 d7-d5 2.c2-c4 e7-e6 3.Sb1-c3 gewettert, wenn der Nachziehende nun mit 3...Sg8-f6 fortsetzte, anstatt den von ihm mit dem Nimbus des Al-leinseligmachenden versehenen Zug 3...c7-c5 zu spielen. Der Springerzug galt ihm als Ausbund mittelalterlichen Denkens, als ein Fauxpas gegen die feinen Schachsitten. Mit geradezu diskriminierender Strenge sprach er

POLITIK / REDAKTION / AFRIKA

Frieden - verteilte Kampfpräsenzen ...

bei 3...Sg8-f6 von der "orthodoxen Verteidigung", orthodox im Sinne von starrsinnig, kleinkariert, hinterwälderisch. In seinen Schriften machte er keinen Hehl von seiner Meinung. Ganz im Gegenteil führte er allerhand Varianten an, die die Zweitrangigkeit des Springerzuges untermauern sollten. Die Schachtheorie ist über seine Ansichten hinweggegangen. Sie hielt es statt dessen mit der Toleranz. Nach gegenwärtigem Stande sieht sie beide Fortsetzungen für gleichwertig an, bemerkt jedoch, daß die nach ihrem Schöpfer benannte Tarrasch-Verteidigung zu beengten Stellungen führt, in denen der Nachziehende um den Ausgleich kämpfen muß. Im heutigen Rätsel der Sphinx zeigte sich, wie scharfkantig die Grenze zwischen Ausgleich und Niedergang war. Weiß am Zuge zerschmetterte den Tarrasch-Aufbau mit Hammerschlägen, Wanderer.



Granberg - Ingersiev
Fernpartie 1983

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Bukics Resignation nach 1.g3-g4 war berechtigt, denn nach 1...Kh7-g8 2.g4-g5 Lf6-e7 3.f5-f6! g7xf6 4.g5xh6! Kg8-h8 5.Tc1-g1 Lb7-c8 6.Tg1-g7 Tc5-c7 7.Tg7-h7+ Kh8-g8 8.Td2-d3 bliebe ihm das Matt nicht erspart.

(SB) 4. April 2019 - Die Bundeswehr wird weiter an der Befriedung anderer Länder und damit ihrer Zurichtung auf die Verwertungsinteressen Deutschlands teilnehmen. Am Mittwoch hat das Bundeskabinett die Verlängerung von drei Afrikamissionen der deutschen Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Eine Zustimmung des Bundestags gilt als sicher.

In Mali werden Soldaten ausgebildet und dadurch enger an die Bundeswehr und die Interessen, für die sie kämpft, angebunden (EUTM Mali). Zugleich sammelt die Bundeswehr in dem afrikanischen Land, quasi als Manöverraum unter realen Bedingungen, praktische Erfahrungen im Konflikt mit Gruppen von irregulären Kämpfern (MINUSMA). Die Marine wiederum hat sich dauerhaft vor der Küste Somalias eingerichtet und nimmt dort weltpolizeiliche Aufgaben wahr (EU NAVFOR Somalia - Operation ATALANTA). Alle Kampfpräsenzen finden im Rahmen internationaler Vernetzungen und unter dem Vorwand von UN-Missionen zur "Stabilisierung" statt.

Die Lage in Mali wurde allerdings erst instabil, nachdem dort in den Nuller Jahren die Vereinigten Staaten eine sogenannte Anti-Terror-Mission, die Pan Sahel Initiative, an der noch vier weitere Staaten der Region beteiligt sind, gestartet hatten. Nochmals verschärft wurde der Konflikt, nachdem eine von der NATO angeführte Koalition 2011 Libyen angegriffen

und bombardiert hatte. Anschließend war eine größere Anzahl von Kämpfern und mit ihnen eine Menge an Waffen nach Mali gebracht worden. Piraterie vor der Küste Somalias hat es zwar schon lange gegeben, aber sie nahm erst enorme Ausmaße an, nachdem die örtlichen Fischer eine neue Einkommensquelle benötigten, weil in den somalischen Hoheitsgewässern ausländische Fischtrawler die Fanggründe geplündert hatten.

Beide Regionen, Mali wie Somalia, waren auch in früheren Jahren nie konfliktfrei gewesen, bevor der vom Westen dominierte UN-Sicherheitsrat das Mandat zur Stabilisierung dieser Länder erteilt hat und dies von den gleichen westlichen Staaten zur Intervention genutzt wurde. Doch kommt man nicht umhin festzustellen, daß, wenn es jene sogenannten Instabilitäten nicht gäbe, sie geradezu erfunden werden müßten, um Stabilität erzeugen zu dürfen. Die auf den eigenen Vorteil bedachte Ideologie ist heute die gleiche wie vor über hundert Jahren zur Zeit der Hochphase des Kolonialismus: Der zivilisierte Europäer ist gezwungen, für Ordnung bei den vermeintlich primitiven Völkern in Afrika zu sorgen, da sie selbst dazu nicht in der Lage sind.

Als eine der weltweit führenden Handelsmächte hat Deutschland Interessen. Das festzustellen klingt banal, und doch wird das beispielsweise aktuell in der Berichterstattung über die geplanten Mandatsverlängerungen unterschlagen.

Die eigenen hegemonialen Absichten verschleiern heißt es in der Pressemitteilung des Bundesverteidigungsministeriums:

"Mit der Fortführung der Einsätze soll die Bundeswehr einen Beitrag zur internationalen Verlässlichkeit Deutschlands leisten. Sie kommt damit auch ihrer Verantwortung für die eigenen Soldatinnen und Soldaten im Hinblick auf die Planungssicherheit bei Einsätzen nach." [1]

Die Formulierung Planungssicherheit für den Einsatz der eigenen Soldatinnen und Soldaten klingt nach einer selbstreferentiellen Begründung für die Fortsetzung der Bundeswehreinätze. Ein Blick in das Weißbuch [2], auf das sich auch der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler sinngemäß bezogen hat, als er 2010 sagte, daß die Bundeswehr auch zur Sicherung von Ressourcen und Handelswegen gebraucht wird, verhilft zu einer plausibleren Einschätzung als die weichgespülte Pressemeldung aus dem Bundesverteidigungsministerium.

Die Europäische Union will sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch auf der Weltbühne mit den Stärksten messen, und Deutschland als führende Wirtschaftsnation der EU zeigt inzwischen recht unverhohlen Flagge. Wenn demnächst Großbritannien aus der EU austritt, hinterläßt das Land militärische Lücken, die zu füllen sich andere Länder anschicken werden. Deutschland wird die Chance nicht ungenutzt verstreichen lassen. Zumal es sowieso zur Zeit von der US-Regierung zu höheren Rüstungsausgaben gedrängt wird.

Mali, Somalia und viele weitere Staaten des Kontinents, die als instabil gelten, haben bis heute nicht nur kolonialzeitlich generierte Widersprüche auszutragen, sondern sind auch neokolonialistischen Ambitionen einer Reihe von Ländern ausgesetzt. Wortungetüme wie "Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission" und Einordnungen wie, "die Bundeswehr ist Teil des vernetzten Ansatzes der Bundesregierung und des umfassenden internationalen Ansatzes zur Stabilisierung der Region" (BMVg), bedeuten nicht, daß Deutschland und die anderen beteiligten Nationen nicht auch jede für sich Eigeninteressen verfolgen.

Wie wohl häufiger bei Raubgesindeln anzutreffen, ist das Verhältnis untereinander vom Vorteilsstreben jedes einzelnen geprägt. Der Begriff "Raub" mag in manchen Ohren übertrieben oder sogar völlig abwegig klingen, aber er umfaßt sehr viel mehr, als mit Soldaten in ein Land einzufallen und seine Rohstoffe zu plündern. So sichert die Bundeswehr keineswegs Transporte mit Ballen von Baumwolle, die in Mali angebaut wird, um Lager in Deutschland damit zu füllen. Doch die Kampfpräsenz Deutschlands trägt zur Sicherung von Vorteilen bei. Sie begünstigt auf einer nur dem äußeren Anschein nach anderen Ebene Handelsabkommen mit Mali und leitet möglicherweise Verträge zum Abbau und zur Lieferung von Rohstoffen ein. Darüberhinaus sollen Flüchtlingsströme nach Europa möglichst frühzeitig unterbunden werden, weil man die gesammelte Beute hinter den Festungsmauern der Europäischen Union mit niemandem teilen will. Es sei denn, man könnte jemanden als Arbeitshilfe gebrauchen ...

Deutschland ist auch nicht sonderlich am Weihrauch und Khat interessiert, die in Somalia erzeugt werden, aber an einer Präsenz auf dieser geostrategisch bedeutsamen Seeverbindung zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean und somit dem asiatischen Wirtschaftsraum. Die Bundeswehr in alle Herren Länder zu entsenden wäre somit als Bestandteil des Handels anzusehen, der nach den Regeln ablaufen soll, die im Rahmen internationaler Institutionen wie der WTO (Welthandelsorganisation) und von Verträgen wie den EPAs (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) auch von Deutschland geschaffen wurden, um als Wirtschaftsstandort Vorteile zu erringen.

Das versuchen andere Staaten selbstverständlich ebenfalls, China beispielsweise betreibt das in Afrika mit großem Erfolg. Somit bleibt der Kontinent weiterhin (Handels-)Schlachtfeld sowohl widerstreitender als auch befristet miteinander paktierender Interessen. Die Befreiungsbewegungen von einst, die von den vorherrschenden Interessen innerhalb wie außerhalb Afrikas erfolgreich zur Ideologie der Wirtschaftsliberalität pervertiert wurden, sind noch nicht vollendet.

Anmerkungen:

[1] <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/kabinett-verlaengert-einsaetze-in-afrika-37974>

[2] <https://www.bmvg.de/resource/blob/13708/015-be272f8c0098f1537a491676bfc31/w-eissbuch2016-barrierefrei-data.pdf>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2194.html>

Venezuela - neue alte Frontverläufe ...

(SB) 4. April 2019 - In Venezuela kommen die USA mit ihren Bemühungen um einen "Regimewechsel" in Caracas nur schleppend voran. Im Januar hat die Regierung Donald Trumps den jungen, bis dahin wenig bekannten Abgeordneten der venezolanischen Volksversammlung Juan Guaidó zum "Interimspräsidenten" des ölreichen Karibikstaats ernannt und Dutzende mit den USA verbündete Staaten dazu gebracht, sich dem selbstherrlichen, völkerrechtlich dubiosen Akt anzuschließen. Ende Februar gab es den medial großinszenierten Versuch, einen Lkw-Konvoi voller Hilfsgüter von Kolumbien über die Grenze nach Venezuela hineinzubekommen. Offenbar war die Aktion so konzipiert, daß es nach dem erhofften Versagen der venezolanischen Grenztruppe infolge einer Kettenreaktion zur Meuterei der Militärführung in Caracas kommen sollte, die Präsident Nicolás Maduro abgesetzt, dem sozialistisch-bolivarischen Experiment in Venezuela ein Ende bereitet, die alten Eliten wieder an die Macht gehievt und das Land erneut zum Vasallenstaat Washingtons degradiert hätte.

Statt dessen geriet die Konfrontation am Grenzübergang Cúcuta samt obligatorischem "Popkonzert" unter der Leitung des britischen Virgin-Medienmoguls Richard Branson für Trumps Riege der kalten Krieger mit Vizepräsident Mike Pence, Außenminister Mike Pompeo, dem Nationalen Sicherheitsberater John Bolton,

dem Venezuela-Sonderbeauftragten Elliott Abrams und dem republikanischen Senator aus Florida Marco Rubio zum PR-Desaster. Die Grenze blieb dicht, bezahlte Hooligans der CIA setzten die Lastwagen mit den Hilfsgütern mit Molotowcocktails in Brand, und die Generalität in Caracas stellte sich demonstrativ geschlossen hinter Maduro und erklärte sich zur Niederschlagung jedweden Umsturzversuchs bereit. Daraufhin zogen CIA und Pentagon die Schraube an und legten Anfang März weite Teile des venezolanischen Stromnetzes lahm, so daß Millionen von Menschen in Dunkelheit und Elend gestürzt wurden. Bewerkstelligt wurde die Aktion mittels einer Mischung aus Hackerangriffen, Brandanschlägen und dem Einsatz elektronischer Impulswaffen. Die Existenz eines Plans für eine solche gemischte Cyber-Aktion mit dem Codenamen "Nitro Zeus" hatte bereits 2010 Wikileaks durch die Enthüllung entsprechender Dokumente publik gemacht. Nach einem Bericht der New York Times von 2016 wäre sie von der Regierung Barack Obamas gegen den Iran angewandt worden, hätte Teheran nicht 2015 den Atomvertrag mit den fünf UN-Vetomächten China, Frankreich, Großbritannien, Rußland und USA plus Deutschland unterzeichnet.

Die Behörden in Venezuela haben aktuell alle Hände voll zu tun, die anhaltenden Angriffe auf das Stromnetz so gut wie möglich ab-

zuwehren und abzumildern, während sie den Vandalismus von der CIA bezahlter Unruhestifter an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen bekämpfen, der häufig nachts unter dem Schutz der Dunkelheit erfolgt. Bei dieser Herkulesaufgabe haben die Venezolaner in den letzten Tagen wichtige Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Am 23. März landeten auf einem Militärflughafen in Caracas zwei Transportmaschinen aus Rußland. An Bord befanden sich 35 Tonnen Hilfsmaterial sowie 200 Techniker unter der Leitung von keinem geringeren als Vasili Tonkoschkurow, dem Oberkommandeur der russischen Landstreitkräfte.

Was genau die russischen Militärs in Venezuela machen ist unklar. Möglicherweise assistieren sie bei der Abwehr von Nitro Zeus. Unbestätigten Meldungen zufolge sind zumindest einige von ihnen damit befaßt, die Bestände der venezolanischen Streitkräfte an russischen S-300-Flugabwehrraketenbatterien auf ihre Funktionstüchtigkeit hin zu überprüfen und sie eventuell auf den neuesten technischen Stand zu bringen. So oder so hat die russische Militärpräsenz in Venezuela in Washington einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Yankees sahen die eigene Monroe-Doktrin aus dem 19. Jahrhundert, derzufolge sich Washington jede ausländische Intervention in seinem "Hinterhof" verbietet, verletzt. Trump erklärte, die Russen müßten "sich verziehen", und um dies

gegebenenfalls zu erzwingen seien "alle Optionen" möglich. Iran-Contra-Veteran Abrams drohte, Rußland werde seine Dreistigkeit "teuer bezahlen". Bolton behauptete, Maduro würde mit Hilfe "kubanischer und russischer Schlägertypen" den Drang des venezolanischen Volkes nach Freiheit und Demokratie unterdrücken. Die USA würden eine "Einmischung feindlicher, ausländischer Militärmächte ... in der westlichen Hemisphäre" nicht dulden, so der ehemalige UN-Botschafter von George Bush junior, der wegen seiner undiplomatischen Art berüchtigt ist.

Um so entsetzter müssen die Kriegsstrategen im Weißen Haus und Pentagon gewesen sein, als sie die Nachricht von der Landung einer Abordnung der chinesischen Volksarmee in Venezuela erreichte. Gelandet war die chinesische Militärmaschine am 28. März auf der karibischen Insel Margarita. Dort wurden Hilfsgüter abgeladen und verteilt. Da-

nach flog die 120 Mann starke Truppe weiter zu einem Militärstützpunkt auf dem venezolanischen Festland. China und Rußland sind mit Abstand die größten Kreditgeber und ausländischen Investoren Venezuelas. In den letzten Jahren hat Peking Caracas Kredite im Wert von mehr als 62 Milliarden Dollar eingeräumt. Venezuela steht mit rund 17 Milliarden Dollar bei Rußland in der Kreide. Das Hauptbetätigungsfeld der Chinesen und Russen in Venezuela liegt in den Sektoren Öl und Gold. Gemeinsam mit einheimischen Betrieben sind chinesische und russische Konzerne an einer ganzen Reihe von Projekten beteiligt.

Derzeit hilft Rußland Venezuela, mit den Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftssanktionen klarzukommen. Die Russen kaufen Schweröl in größeren Mengen aus Venezuela, liefern gleichzeitig die nötigen Spezialprodukte, um das schwarze Gold vor Ort raffinieren und transport-

fähig machen zu können. Offenbar sind Peking und Moskau nicht gewillt, den Amerikanern das alleinige Sagen in Venezuela einzuräumen und wollen ihnen ihre ständigen Militärinterventionen in Afrika und Asien heimzahlen. Eine Eskalation scheint unausweichlich. Für den 6. März hat Guaidó zum Auftakt von "Operation Freiheit", mittels der sich die venezolanischen Massen gegen das "Regime" Maduro "erheben" sollen, aufgerufen. Ein Gericht in Caracas hat wiederum bereits am 2. März Guaidós Immunität als Abgeordneter aufgehoben und zwar wegen der landesverräterischen Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten. Bislang ist Guaidó nicht verhaftet worden. Doch sollte ihm etwas zustoßen, wäre das für die Regierung Trump der gewünschte Anlaß, den Druck auf Maduro und seine Anhänger massiv zu erhöhen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/ltm2484.html>

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Innenministerium - der große Bruder darf horchen ...

Die Pläne zum Ausbau der Befugnisse von Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst von Horst Seehofer sind ein erneuter radikaler Angriff auf die Bürgerrechte durch den für den Schutz unserer Verfassung verantwortlichen Minister. Bezüglich der Verfassungsmäßigkeit der Online-Durchsuchung bestehen seit Jahren erhebliche Zweifel. Derzeit liegen dem Bundesverfassungsgericht gleich mehrere Verfassungsbeschwerden gegen den "Staatstrojaner" vor. Nun soll der Einsatz auf den gesamten Geheimdienstbereich ausgeweitet werden. Das ist ein Affront gegenüber dem höchsten deutschen Gericht.

Konstantin von Notz (stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag)

(SB) 4. April 2019 - Das jeglicher Herrschaft inhärente Bestreben, sie zu vervollkommen und un-

umkehrbar zu machen, kulminierte im NS-Staat zu einem Zwangsregime, in dem Geheimdienst und

Polizei zu einem einzigen Repressionsapparat verschmolzen. Nach dem Zusammenbruch des

imperialistischen Raubzugs, dem viele Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren und der die systematische Massenvernichtung perfektioniert hatte, bedurfte es eines fiktiven Schlußstrichs, um den Nachfolgestaat auf westlicher Seite in Gestalt der Bundesrepublik zu einer neuen und ganz anderen Konstruktion der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erklären. Der festgeschriebene Fortbestand des Kapitalverhältnisses und der Eigentumsordnung gab indessen den Rahmen vor, der die Kontinuität der herrschaftsförmigen Verfügung über den nunmehr freiheitlich-demokratisch grundgeordneten Staatsbürger sicherstellte.

Ohne die Gewaltenteilung und strikte Trennung von Geheimdienst und Polizei als Rechtsprinzipien in Abrede zu stellen, erweist sich doch in zunehmendem Maße, daß sie wie sämtliche Rechtsansprüche ihrem Wesen nach stets ein bloßes Lehen bleiben, das angesichts staatlicherseits reklamierten Bedarfs auch wieder entzogen werden kann. Daß alle Gewalt vom Volke ausgehe, wie es im Grundgesetz heißt, kodifiziert die Ausblendung der Machtfrage, worauf sich alle gleichberechtigt wähen können, obgleich sie es angesichts höchst ungleich verteilter Mittel, ihre Interessen durchzusetzen, keineswegs sind.

Auch der neue Staat brauchte seinen Geheimdienst, den aufzubauen es wie in zahlreichen anderen Institutionen altgedienter Experten bedurfte, die durch die riesigen Maschen der Entnazifizierung geschlüpft waren. Wenn gleich es in dieser klandestinen Sphäre besonders markant anmu-

tet, war es natürlich kein Ausnahmefall. Hätten die Sieger des Zweiten Weltkriegs alles verworfen, was im Dienst des gestürzten NS-Staats gestanden oder mit ihm sympathisiert hatte, wäre kaum etwas übriggeblieben, womit man die Bundesrepublik errichten konnte. Gegründet von Fachleuten der früheren SS und Gestapo, waren Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst von jeher ein Staat im Staate, der sich seiner Natur nach der vorgesehenen parlamentarischen Kontrolle entzog.

Die Kontinuität des Personals korrespondierte zwangsläufig mit einem Fortbestand der Gesinnung, zumal die Tradition natürlich in Auswahl und Ausbildung des Nachwuchses ihren Niederschlag fand. Das dürfte die Praxis erleichtert haben, außerhalb geltender Gesetze zu agieren, wie es gelegentlich trotz aller Vertuschungsmanöver an die Öffentlichkeit drang, als Skandal wahrgenommen wurde und mitunter sogar die Gerichte beschäftigte. All diese rechtlichen Bremsen wie die Trennung von Geheimdienst und Polizei, die unterschiedlichen Aufträge der drei Dienste und die nicht auszuschließende Strafverfolgung sollen endlich aus der Welt geschafft werden. Das sieht der Entwurf eines "Gesetzes zur Harmonisierung des Verfassungsschutzrechtes" [2] vor, den Bundesinnenminister Horst Seehofer ins Kabinett eingebracht hat.

Er setzt etwas fort, was seine Amtsvorgänger seit Jahren vorge-dacht und vorangetrieben haben, nämlich gewissermaßen einen nachholenden rechtlichen Frei-

brief für Praktiken zu schaffen, die bislang im Geheimen, in einer sogenannten Grauzone oder auch ganz offen zur gezielten Demonstration des Machbaren angewendet wurden. So innovativ Seehofers Vorstoß also im Sinne eines weiteren repressiven Schubs sein mag, sattelt er doch auf eine seit langem forcierte Verschärfung der legalisierten Handlungsmöglichkeiten von Polizeien und Geheimdiensten auf. Diese richten sich gegen aktuelle Widerstandspotentiale der Linken, gegen Basisbewegungen wie die der Klimagerechtigkeit, insbesondere aber präventiv gegen künftige Revolten, die angesichts verfallender Lebensverhältnisse auch in Deutschland nicht ausbleiben werden. Wo die Finger beider Hände nicht ausreichen, um alle Krisen aufzuzählen, welche die Menschheit und das Leben auf dem gesamten Planeten bedrohen, bleiben auch die Metropolen an der Spitze der Ausplünderungskette auf Dauer nicht verschont.

Der vielzitierte Polizeistaat ist folglich keine überschießende Allüre reaktionärer Heißsporne, von denen es freilich in den einschlägigen Sparten und politischen Sektoren durchaus wimmelt. Er gedeiht auf dem kühl kalkulierenden Ausblick der einflußreichsten gesellschaftlichen Kreise, die Herrschaft als Wesenskern ihrer Vorteils erwägung zu Lasten einer von katastrophalen Verwerfungen heimgesuchten Heerschar von Ausgebeuteten und für überflüssig Erachteten sichern und fortschreiben wollen. Um Überwachung, Steuerung, Einschüchterung, Kriminalisierung und Bestrafung auch unter chaotischen Bedingungen von Massenprotesten und Unruhen zu gewährlei-

sten, sind institutionelle und ideologische Instrumente verschiedenster Art erforderlich, die in ihrem Zusammenwirken den Kontrollanspruch von kalten Technokraten und hitzigen Hardlinern durchsetzen sollen.

Seehofers Entwurf sieht im Kern die Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizeien vor. So sollen alle Dienste zu einem "erweiterten nachrichtendienstlichen Informationsverbund" zusammengefaßt werden, der Polizei und Regierungsbehörden als "technischer Dienstleister" zur Beschaffung geheimer oder privater Daten von Staatsbürgern und Unternehmen in permanenter Amtshilfe zur Verfügung steht. Ermöglicht werden soll der offizielle Einsatz des BND im Inneren gegen die eigenen Bürger, wobei rechtswidrige Aktivitäten von Geheimdienstagenten vor einer Strafverfolgung geschützt wären. Geplant ist ein uneingeschränkter Einsatz von Staatstrojanern und anderer Angriffsoftware zum Hacken und Abgreifen privater Kommunikation und Daten und zum Eingriff in Fahrzeuge.

Der Phantasie des Staatsschutzes möchte Seehofer freien Lauf lassen. So macht der exzessive Wunschzettel, den der Bundesinnenminister mit dem Etikett "rechtssicher" versehen will, selbst vor dem Ausspionieren von Handys junger Schüler und elektronischen Spielzeugen von Kleinkindern nicht halt. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis wie auch die Unverletzlichkeit der Wohnung sind kein Thema mehr. Nach der Polizei sollen auch BND und Verfassungsschutz mit Staatstrojanern "deut-

schon Staatsangehörigen", "inländischen juristische Personen" und "sich im Bundesgebiet aufhaltenden Personen" nachstellen dürfen. Ob Handys, Laptops und andere IT-Systeme oder Autos mit Internet-Zugang, nichts soll vor dem Zugriff sicher sein. Soziale Medien wie Whatsapp, Skype und sichere Messenger-Dienste wie Signal oder Telegram werden geknackt, und grünes Licht für die Hacker-Angriffe gibt nicht ein Richter, sondern einfach das Kanzleramt. [3]

Der politisch längst totgesagte Seehofer gibt derzeit den Rammbock ab, an dem sich Kollaborateure wie Kritiker abarbeiten können. Wie bei allen derartigen Vorstößen geht es nicht nur darum, möglichst große Portionen unmittelbar durchzusetzen, sondern auch um Akzeptanzmanagement und die unablässige Verschiebung der Grenzen in Richtung Sicherheitsstaat. Was heute empört zurückgewiesen wird, soll morgen als alter Hut wahrgenommen und durchgewinkt werden. Noch sperrt sich der Koalitionspartner und erklärt, die SPD lehne den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form in Gänze ab, so Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der Sozialdemokraten im Bundestag. Auch Justizministerin Katarina Barley lehnt eine Prüfung des Entwurfs ab und will nicht über Einzelmaßnahmen diskutieren. Stattdessen soll Seehofer nacharbeiten und einen neuen Vorschlag vorlegen. Das Innenministerium gibt sich gelassen: "Natürlich nehmen wir den Entwurf nicht zurück, nur weil irgendjemand meint, Anmerkungen zu haben." Ob Barley ihr Veto nicht als Justizministerin, sondern als Spitzenkandidatin für die

Europawahl einlegt, wird sich nach der Wahl Ende Mai an der Haltung der SPD erweisen.

Anmerkungen:

[1] netzpolitik.org/2019/staatstrojaner-fuer-verfassungsschutz-nicht-vom-koalitionsvertrag-gedeckt/

[2] netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-den-gesetzentwurf-seehofer-will-staatstrojaner-fuer-den-verfassungsschutz/

[3] www.wsws.org/de/articles/2019/04/03/gehe-a03.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1634.html>

POLITIK / WIRTSCHAFT

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Informeller Sektor beschäftigt nach wie vor die meisten Menschen in Mexiko

von Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, 2. April 2019, npl)
- Nach neuesten Daten (bis einschli. Februar 2019) der mexikanischen Statistikbehörde Inegi hat die Arbeit im informellen Sektor sowohl im Vergleich zum Februar 2018 als auch zum Jahresende 2018 zugenommen. Demnach sind knapp 58 Prozent der Erwerbsbevölkerung dort tätig. Ein höherer Wert wurde zuletzt im

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

**Mexiko
Update Nationalgarde:
Dekret, Uniformen, neueste Zahlen**

von Gerold Schmidt

August 2016 verzeichnet. Die hohe Zahl der Personen im informellen Sektor relativiert die offiziellen Arbeitslosenzahlen in Mexiko. Ihnen zufolge pendelt die Arbeitslosenrate seit Jahren zwischen drei und vier Prozent. In vielen europäischen Statistiken entspräche dies fast einer Vollbeschäftigung. Allerdings ist die Arbeit im informellen Sektor nicht ausschließlich eine Notlösung. Angesichts niedriger Löhne auf dem offiziellen Arbeitsmarkt und zum Teil hohen und unausweichlichen Steuerbelastungen für festangestellte Arbeiter*innen und Angestellte ist die informelle Tätigkeit für viele Erwerbstätige die attraktivere Option.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/informeller-sektor-beschaeftigt-nach-wie-vor-die-meisten-menschen-in-mexiko/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwar2927.html>

(Mexiko-Stadt, 2. April 2019, npl)
- Nachdem das Dekret zur Einrichtung der mexikanischen Nationalgarde am 26. März im Bundesamtsblatt veröffentlicht wurde, stellte Präsident López Obrador am Folgetag zusammen mit dem Verteidigungsminister Luis Cresencio Sandoval die Einkleidungsoptionen höchstpersönlich vor. Bedenken über den dominanten Einfluss der Militärs in der neu geschaffenen Institution wurden dabei in keiner Weise zerstreut. Präsident López Obrador schloss in seiner morgendlichen Pressekonferenz nicht aus, dass der zukünftige Kommandant der Garde ein aktiver Militär sein könnte. Spätestens zum 8. April will er den Namen bekanntgeben.

López Obrador kündigte 266 Regionalkoordinatoren der Nationalgarde an, von denen 150 in drei Monaten arbeitsfähig sein sollen. Die Mitglieder werden von Militär-, Marine- und Bundespolizei gestellt werden. Nach neuesten Zahlen von Sicherheitsminister Alfonso Durazo soll die Nationalgarde noch dieses Jahr 80.000 "Elemente" in ihren Reihen haben, mehr als die Hälfte davon wird aus den Reihen der Armee kommen, 18.000 von der Bundespolizei. Weitere 20.000 Mitglieder sollen in den folgenden Monaten nach strengen Auswahlkriteri-

en rekrutiert werden. Es ist vorgesehen, dass die Stärke der Nationalgarde innerhalb von zwei Jahren auf 120.000 Personen anwächst, um bis 2023 auf 150.000 Mitglieder zu kommen. Dann soll nach dem heutigen Stand die Übergangsphase abgeschlossen sein und das Militär wieder in die Kasernen zurückkehren, statt weiterhin die Aufgaben der inneren Sicherheit zu beherrschen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/update-nationalgarde-dekret-uniformen-neueste-zahlen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1870.html>

POLITIK / SOZIALES / FRAUEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Costa Rica / Ecuador / Kolumbien / Kuba - Fokus: SDGs

100 Jahre Frauenwahlrecht: Und heute?

von Julia Gießler



*Für gleiche Löhne!
Es lebe der feministische Kampf
Foto: © Julia Gießler*

(Berlin, 1. April 2019, npl) - Trotz der Einführung von Gesetzen zur Gleichstellung von Männern und Frauen hapert es auch heute noch gewaltig an deren Umsetzung: weltweit verdienen Frauen im Schnitt ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Anteil der Parlamentarierinnen beträgt global keine 24 Prozent und Mädchen und Frauen leisten durchschnittlich 2,6-mal so viel unbezahlte Reproduktionsarbeit wie ihre männlichen Pendanten. Und es gibt sogar Rückschritte: Der 19. Deutsche Bundestag ist der

männlichste seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Parlament mit dem höchsten Anteil weiblicher Abgeordneter ist mit Abstand Ruanda. Unter den zehn Ländern mit den meisten weiblichen Abgeordneten befinden sich außerdem Bolivien, Kuba, Nicaragua, Costa Rica und Mexiko. Brasilien und Kolumbien schneiden mit weniger als 20 Prozent Politikerinnen im Parlament eher schlecht ab. Bei den Erhebungen finden oft nur die biologischen, bei der Geburt zugeschriebenen Geschlechter Erwähnung. Transfrauen sind somit oft ausgenommen und die Transsichtbarkeit quasi nicht existent.

Im Gespräch mit Studentinnen und Aktivistinnen aus Kolumbien, Kuba, Ecuador und Costa Rica erhalten wir ganz unterschiedliche Einblicke:

Weibliche Abgeordnete vs. Repräsentation von Frauen

Laura sieht in Kuba keinerlei Probleme in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung. Ihrer Meinung nach gebe es keinen Unterschied in der Behandlung von Männern und Frauen in ihrem Heimatland. Das kubanische Parlament verfügt über den

zweithöchsten Anteil weiblicher Abgeordneter weltweit, trotzdem bleibt die Frage offen, wie repräsentativ die Zahlen wirklich sind und welche Positionen Frauen innehaben. In der Mehrzahl der Fälle sind Frauen immer noch in unteren politischen Rängen zu finden und nur wenige sind in der Führungsebene anzutreffen.

Itayosara Rojas, Aktivistin aus der kolumbianischen Großstadt Medellín, erklärt, dass das Hauptproblem darin liege, dass die Politik immer noch vorwiegend von maskulinen Ideen und Menschen geprägt werde. Es gibt zwar mittlerweile fast überall in Lateinamerika Quotengesetze, die Frauen Positionen im öffentlichen Dienst und in politischen Ämtern zusichern, trotzdem wird ihrer Meinung nach keine Politik für Frauen gemacht und auch die Umsetzung der Quotenregelung beschreibt sie als unzureichend. Die Aktivistin aus Medellín führt weiterhin aus, dass die Umstände in Kolumbien auf mehreren Ebenen diskriminierend seien. Zwischen dem weiblichen Geschlecht und Armut gebe es einen klaren Bezug, erklärt sie. Auch Arbeitslosigkeit treffe am meisten die Frauen. Obwohl sie in der Regel bessere Ausbildungsabschlüsse vorwei-

sen können, sind ihre Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt limitiert und meist sind sie gezwungen Arbeiten anzunehmen, die schlecht bezahlt und intellektuell wenig fordernd sind.

Intersektionalität - Geschlecht allein ist nicht entscheidend

Am schwersten betroffen von Diskriminierung sind laut Rojas, Frauen aus den ländlichen Regionen, diese würden auf drei Ebenen diskriminiert: Erstens, weil sie Frauen sind. Zweitens, weil sie aus dem ländlichen Raum kommen und dies im Kontrast steht zum urbanen Raum, wo Entscheidungen getroffen werden und Drittens, wegen des bewaffneten Konfliktes in den ländlichen Gebieten Kolumbiens.

Geschlecht allein nicht darüber entscheidet, ob eine Person in die öffentliche Diskussion eingebunden wird oder nicht. Für die Ecuadorianerin haben auch andere Parameter, wie Herkunft, Hautfarbe, Ethnie und Religion einen maßgeblichen Einfluss auf den Stellenwert einer Person in der Gesellschaft. Je nach Ort kann diese Ausprägung variieren, jedoch besonders von Diskriminierung betroffen seien indigene Frauen, die im ländlichen Raum leben. Deshalb ist es für die Studentin aus Ecuador von großer Bedeutung, das Konzept der Intersektionalität als Grundlage der Analyse gesellschaftlicher Ungleichbehandlung zu verstehen. Intersektionalität ermöglicht die Sichtbarmachung sich überschneidender Diskriminierungsformen, indem sie Personen in ihrer Gänze wahrnimmt

Erste Transfrau zur Wahl als Abgeordnete in Costa Rica aufgestellt

Dayana Hernández kandidierte 2017 als Abgeordnete für das costa-ricanische Parlament. Dies war eine Sensation, denn sie war die erste Transfrau, die ein politisches Mandat anstrebte und gute Chancen hatte, dieses auch zu erlangen. Am Ende reichte es leider nicht ganz, trotzdem hat sie es geschafft, dass Transidentitäten sichtbarer werden und mehr über Trans*rechte berichtet wird. Sie beschreibt sich selbst als "schon immer sehr politisch". Für sie war es ein langer Weg und vor allem einer voller Widrigkeiten. Doch die Powerfrau ließ sich nicht davon beirren. Mit viel Willen und Unterstützung ihrer Mitstreiter*innen und ihrer Familie setzt sie sich seit mehr als zehn Jahren für die Rechte von Trans*personen ein. Sie selbst hat ihren Lebensunterhalt über mehrere Jahre als Sexarbeiterin verdient, auf einem Straßenstrich in San José, Costa Rica, wo sie und andere Transfrauen regelmäßig transphoben und misogynen Attacken ausgesetzt waren. Auch heute kommt es vor, dass sie aufgrund ihrer Geschlechtsidentität beleidigt wird. Es geht ihr vor allem darum, dass Transfrauen wie biologische Frauen behandelt werden und überhaupt erst einmal Zugang zu Bildung und dem legalen Arbeitsmarkt bekommen.



*"Kein Gott, kein Herr,
kein Ehemann, keine Partei" steht
auf den T-Shirts geschrieben
Foto: © Julia Gießler*

Auch Jimena, Studentin des interkulturellen Konfliktmanagements an der Alice-Salomon Hochschule in Berlin, berichtet, dass das

und diese nicht auf einzelne Faktoren, wie Hautfarbe oder Geschlecht beschränkt. Geschlechtszugehörigkeit spielt dabei eine wichtige Rolle, sollte jedoch immer im gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden, da sich die Identität einer Person nicht darauf reduzieren lässt.

Erweiterung der Sustainable Development Goals notwendig?

"Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen" ist eines der wichtigsten

Vorhaben für eine nachhaltige Entwicklung. Denn so gut wie alle anderen 16 Nachhaltigkeitsziele bauen auf der Gleichstellung der Geschlechter auf: Zum Beispiel inklusive und gerechte Bildung, Ungleichheit verringern und Städte und Siedlungen inklusiv, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen. Im Umkehrschluss bedeutet das: Ohne die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen, kann auch keine nachhaltige Entwicklung erfolgen. Dabei ist es jedoch wichtig, das Konzept der Intersektionalität zu berücksichtigen, denn eine weiße, heterosexuelle cis-Frau, also eine Frau, die sich mit ihrem zur Geburt zugeschriebenen biologischen Geschlecht identifiziert, verfügt über andere

Privilegien und Diskriminierungserfahrungen, als eine Transfrau of Color aus Lateinamerika. Oft sind Trans*personen immer noch ausgeschlossen in der Gesetzgebung vieler Länder. Sie werden gezwungen, sich mit ihrer biologischen Geschlechtsidentität zu identifizieren und wenn sie dies verweigern, sind Repression und Exklusion aus der Gesellschaft häufig die Folge. Ein erster Schritt wäre, wenn die internationale Gemeinschaft anerkennt, dass Trans*personen die gleichen Rechte haben, wie cis-Personen.

Zu diesem Text gibt es auch einen Audio-Beitrag:
<https://www.npla.de/podcast/100-jahre-frauenwahlrecht-und-heute/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/allgemein/100-jahre-frauenwahlrecht/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra783.html>

DIE BRILLE / REDAKTION / REZENSION

Lukas Rietzschel

Mit der Faust in die Welt schlagen

von Christiane Baumann

Wenn der Schornstein im Schamottewerk nicht mehr raucht - Lukas Rietzschels sozialkritisches Romandebüt *Mit der Faust in die Welt schlagen*

"Ein Hochhaus stand noch, dagegen schlug Marco mit seiner bloßen Faust" (69) - Es ist eine Episode am Beginn von Lukas Rietzschels Roman-Erstling *Mit der Faust in die Welt schlagen*. Sie spielt im Schulhort, doch sie spiegelt exemplarisch, wie sich angestaute Wut im kindlichen Spiel

entlädt. Aus dem Spiel wird wenige Jahre später bitterer Ernst, wenn der Neonazi Menzel erklärt: "Und dann will ich auf alles einschlagen, richtig rein mit der Faust, bis alles blutet." (293) Den Weg dorthin beschreibt Rietzschel in seinem Roman. Es kommt nicht so häufig vor, dass das Debüt eines Newcomers auf Anhieb die Feuilletons erobert und als einer der "besten und wichtigsten Romane des Jahres" (*Stern*) gefeiert wird. Rietzschels Roman über die Radikalisierung

zweier Brüder in einem ostsächsischen Ort, die sie schließlich ins rechte Milieu führt, ist das gelungen. Dazu trug bei, dass das Erscheinen des Romans zeitlich mit den Ausschreitungen von Chemnitz im Frühherbst 2018 zusammenfiel, was ihn zum "Ost-Roman des Moments" (*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*) werden ließ. Der 1994 in der sächsischen Oberlausitz geborene Rietzschel hat in Interviews nachdrücklich den Anspruch auf Fiktionalität verteidigt. Er habe kein

Lukas Rietzschel

Mit der Faust in die Welt schlagen

Roman

Berlin, Ullstein Buchverlage 2018

317 Seiten,

20,00 Euro,

ISBN: 978-3-550-05066-4

"Sachbuch" geschrieben, betonte er. Tatsächlich waren die Entwicklungen von Chemnitz während des Schreibprozesses nicht abzusehen. Die Aktualität verdrängte in der Diskussion zudem, dass Rietzschels Geschichte zwar in Ostsachsen angesiedelt ist, aber gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigt, die keineswegs nur Ostdeutschland betreffen.

Der Roman beginnt im Jahr 2000 in Neschwitz in der sächsischen Oberlausitz, elf Jahre nach der Wende. Der Ort liegt in der Landschaft "wie ein Steg zwischen Tongruben und Steinbrüchen," (10). Tristesse deutet sich an. Im Hintergrund ist der Schornstein des Schamottewerkes zu sehen, "eine Ziegelesse, die nicht mehr rauchte, seitdem die Mauer gefallen war." (10) Nach dem Werk schloss die Kantine, die für kurze Zeit noch einen Treffpunkt der ehemaligen Arbeiter bildete. Die Industriebranche steht in scharfem Kontrast zu den einst vollmundig versprochenen "blühenden Landschaften". Dennoch schauen die Zschornacks optimistisch in die Zukunft, bauen sie doch ein Haus, das demnächst bezogen werden soll. Die Zeichen stehen auf Neubeginn und Aufbruch, Ausbruch aus dem sozialen Milieu der Wohnblöcke, der Plattenbausiedlung. Doch in den sprachlichen Bildern kündigt sich bereits Unheilvolles an. Das "Feld" am Haus "sah aus wie ein schwarzes Loch", wie der "Trichter eines Vulkans", wie "Dresden, als es brannte" (11), wobei der sechsjährige Tobi mit diesem Feuer und der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg noch nichts anfangen kann.

Erzählt wird aus der Perspektive der Brüder Tobias und Philipp.

Der Leser sieht mit ihren Augen die Welt, hört mit ihren Ohren die Gespräche der Erwachsenen, der Eltern, die für "Lehrer, Ärzte, Beamte, Bonzen und Politiker" (13) nur Verachtung übrig haben, denn sie sind etwas "Besseres", verdienen mehr Geld, haben einen privilegierten Status, während die Mutter als Krankenschwester und der Vater seit seiner Umschulung als Elektriker arbeitet: "Abschluss aberkannt, Umschulung, Umschulung, Weiterbildung" (15) - Brüche in den Erwerbsbiographien werden als Ergebnis der Wiedervereinigung sichtbar. Der Vater von Tobias und Philipp hatte ursprünglich Kupplungen gebaut: "Was uns alles versprochen wurde" (15), heißt es dazu lapidar.

Das stillgelegte Schamottewerk, das als Motiv den Roman durchzieht, wird zum Symbol verlorener Existenzen und für den Verlust der Identität. Als der Schornstein gesprengt werden soll, erzählt der Großvater von den Männern, "die über Generationen dort arbeiteten. Söhne, Väter, Großväter. Kamen gemeinsam nach Hause. Wurden gemeinsam arbeitslos." (131) Die gewachsenen sozialen Strukturen gehen mit der Schließung des Werkes systematisch kaputt. Die Grundschule geschlossen, "keine Sparkasse mehr, kein Bäcker, keine Apotheke, kein Arzt." (297) Enttäuschungen, Kränkungen und Existenzängste schlagen zu Buche. Die Schicksale sind bedrückend, denn sie verbindet der soziale Abstieg. Uwe wird von seiner Frau in Richtung Westen verlassen, weil sie dort besser verdient. Gerüchte, er habe sie bespitzelt, zerstören seine Existenz. Er verfällt dem Alkohol, verliert die Arbeit und nimmt sich schließlich das

Leben. Junge, gut ausgebildete Mädchen verlassen die Region, weil sie im Westen bessere berufliche Chancen haben. Der Neonazi Menzel resümiert in seinem Jargon: "Die Weiber hauen alle ab. [...] Nichts mehr zu ficken" (313). Auch von den Jungen nutzt jeder, dem sich die Chance bietet, die Möglichkeit, in die alten Bundesländer zu gehen. Mit der Abwanderung aus dem ländlichen Raum gerät das soziale Gefüge ins Wanken. Die Jugendlichen, die bleiben, fühlen sich als "Versager" (265). Marcos Bruder ist im Knast, Felix drogenabhängig und im Gefängnis, Axels Bruder noch immer arbeitslos. Als in der ehemaligen Grundschule Flüchtlinge untergebracht werden sollen, bringt das das Fass zum Überlaufen. Tobias, nach dem Tod des Großvaters und der Trennung der Eltern entwurzelt, sieht den Brandanschlag als letzte Möglichkeit, um inmitten von empfundener Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit ein Zeichen zu setzen.

Der Roman ist episodisch angelegt. In einzelnen Szenen werden markante Situationen zwischen 2000 und 2015 aufgeblendet, die zusammengesetzt einen Film ergeben, dessen Bilder das sukzessive Abgleiten der Brüder in das rechte Milieu dokumentieren und so gut wie kommentarlos für sich stehen. Jahresangaben und Zeitereignisse, von Nine Eleven über die Anschläge auf die Asylbewerberheime in Hoyerswerda und Rostock bis zum Einmarsch der Russen auf der Krim, erzeugen Authentizität, die den Charakter des Dokumentarischen verstärkt und sich auch in der verwendeten Alltagssprache widerspiegelt. Es wird mit Jargonismen gearbeitet,

die das Milieu sehr genau einfangen. Szenerie und Situationen werden wie im Sekundenstil, einem naturalistischen Stilelement, beschrieben. Tristesse und zunehmender Kommunikationsverlust sind in das Staccato-Erzählen übersetzt. Die Sprache wirkt mit ihren unvollständigen Sätzen und hingeworfenen Wortfetzen bruchstückhaft, wie der Spiegel einer zerbrochenen Welt und wie das Gegenprogramm zu den langen, kunstvollen Sätzen eines Thomas Mann, von dem sich Rietzschel auch im Interview absetzt, hingegen Autoren wie John Steinbeck, bei dem es um "Arbeiter und Ungerechtigkeit" (*Leipziger Volkszeitung*) geht, bevorzugt.

Der "Auftritt der Welt" (51) im Fernsehen mit Bildern, die Krieg und Vernichtung assoziieren, erreicht auch die kleine Welt von Neschwitz. Er wird als bedrohlich empfunden. Dieses Gefühl der Bedrohung, latenter Rassismus, der sich besonders im Verhältnis zur sorbischen Minderheit zeigt, und ungelöste soziale Probleme als Ergebnis einer von Profitstreben geprägten Gesellschaft bilden eine gefährliche Mischung, die zum Nährboden rechter Gewalt wird. "Es braucht mal wieder einen richtigen Krieg" (294), meint Tobias, womit sich der Kreis zur eingangs erinnerten Zerstörung Dresdens schließt. Rietzschel zeigt in seinen filmischen Szenen, dass die Übergänge von der stillen Mitwisserschaft über das Beschmieren der Wände mit Nazisymbolen und Sachbeschädigung bis zur Mitgliedschaft in Neonazi-Netzwerken, zu offener Gewalt und zum Anzünden der Grundschule fließend sind. Ihm gelingt zudem in seinem Erzählen aus der Perspektive der Brüder die

Gratwanderung, dass sich der Leser einerseits in ihre Sichtweise einfühlt, andererseits zunehmend Distanz zum Erzählten aufbaut.

Der Roman dokumentiert den sozialen Abstieg einer ländlichen Region nach Schließung des Schamottewerkes und damit einhergehenden massiven Entlassungen. Die daraus resultierenden Traumata der Elterngeneration wirken in den Kindern nach. "War doch logisch, dass die alte DDR sich wehren würde" (270), sagen die Neonazis, die, um 1990 geboren, diese DDR gar nicht mehr kennengelernt haben. Etwas anderes scheint hier zu oszillieren. Mit der Wiedervereinigung wurden im ehemaligen Arbeiter- und Bauern-Staat die bürgerlichen Eliten wieder in ihre Rechte eingesetzt. Damit war der privilegierte Status der Arbeiterschaft in der DDR, Zugänge zu Bildung und Kultur, die massiv gefördert wurden, eine im Vergleich zu intellektuellen komfortable Entlohnung und anderes, passé. Auch das spielt wohl beim Hass auf bessergestellte "Lehrer, Ärzte, Beamte, Bonzen und Politiker" eine Rolle, die als Eliten den Staat repräsentieren. Der Roman-Erstling des 25-jährigen Lukas Rietzschel ist eine engagierte Wortmeldung zum Rechtsruck in unserer Gesellschaft, der keineswegs nur den Osten betrifft. Er zielt auf die sozialen Ursachen, indem er zeigt, was es bedeutet, wenn der Schornstein des Schamottewerkes nicht mehr raucht und "Vulkane" ausbrechen, deren Lavastrom die Botschaft "Unser Land. Unsere Heimat" (314) verkünden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/redakt/dbrr0030.html>

UMWELT

*pool - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Brasilien

Nach Brumadinho: drei weitere Staubecken einsturzgefährdet

(São Paulo, 29. März 2019, *Brasil de Fato*) - Zwei Monate nach der Umweltkatastrophe von Brumadinho [1] sind drei weitere Staubecken des Bergbauunternehmens Vale einsturzgefährdet. Das Unternehmen gab am 27. März bekannt, dass die Nationale Agentur für Bergbau ANM (Agência Nacional de Mineração, staatliche Einrichtung, verbunden mit dem Ministerium für Bergbau und Energie, Anm.d.Ü.) für zwei Staudämme im Landkreis Ouro Preto und einen im Bezirk von Macacos im Bundesstaat Minas Gerais die höchste Alarmstufe ausgerufen hat. Trotz der Bekanntmachung werden die Bewohner*innen nicht evakuiert, wie im Fall von Macacos, wo am 16. Februar 250 Menschen evakuiert worden waren. Das Staubecken in Macacos fasst drei Millionen Kubikmeter Abraumschlamm und ist vom selben Bautyp wie die Rückhaltebecken in Mariana [2] und Brumadinho, die 2015 und 2019 zusammengebrochen sind. Die Verantwortlichen bestätigen, dass 5.000 Einwohner*innen, die der giftige Schlamm im Falle eines Dammbruchs innerhalb einer Stunde erreichen würde, in den kommenden Tagen an einem Training teilnehmen werden. Zurzeit werden

UMWELT / INDUSTRIE / STRAHLUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Wissenschaftler und Ärzte weltweit besorgt um Auswirkungen von 5G auf Mensch und Umwelt

Nachricht vom 3. April 2019

die Staubecken rund um die Uhr überwacht. Tatiana Santi, Vorsteherin der Gemeinde Macacos, bestätigte gegenüber der Tageszeitung Folha de Sao Paulo, dass es sich um eine sehr komplizierte Situation handele und die Leute in Alarmbereitschaft versetzt seien. "Vale hilft der Gemeinde nicht. Die Leute haben Hunger und sie enthalten ihnen die Grundversorgung vor", so Santi.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/allgemein/bisher-134-tote-bei-dammbruch-in-minas-gerais/>

[2] <https://www.npla.de/allgemein/die-tragoedie-von-mariana-fischerinnen-leiden-unter-den-auswirkungen-der-schlammfluten/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/allgemein/nach-brumadinho-drei-weitere-staubecken-einsturzgefaehrdet/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: pool@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uika0167.html>

Die Umweltmedizinerin Barbara Dohmen hat einen offenen Brief an den Präsidenten der Bundesnetzagentur verfasst, in dem sie an seine Verantwortung in Bezug auf die Versteigerung der 5G-Lizenzen appelliert. Aus eigener Erfahrung weiß sie um das Leid von elektrosensiblen Patienten, die oft außerhalb der Gesellschaft leben und keine Lobby haben.

Das Problem der Elektrosensibilität ist zwar bekannt, wird aber noch nicht ausreichend ernst genommen. So fordert auch der Bund für Naturschutz und Umwelt Deutschland BUND e.V. in einer Pressemitteilung [1], dass gesundheitliche Auswirkungen von 5G vor dem Ausbau erforscht werden.

Auch in den Vereinigten Staaten gibt es bereits Widerstand und schwerwiegende Bedenken gegen 5G. Dort gaben vor kurzem Vertreter der Industrie auf Druck von U.S. Senator Richard Blumenthal zu, dass sie noch keine Studien zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit von 5G erstellt hätten (Quelle: Greenmedinfo.com) [2].

Ein internationaler Appell, der bereits von über 63.000 Wissenschaftlern, Ärzten, medizinischem Personal, Umweltschutzorganisationen und Bürgern aus 168 Ländern der Welt unterzeich-

net wurde, fordert: "Stop 5G on Earth and in Space" [3]. Er richtet sich an die Vereinten Nationen (UNO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Europäische Union (EU), den Europarat und die Regierungen aller Nationen.

Bis zu 20.000 Satelliten sollen vom Weltall aus die globale Versorgung mit 5G sicherstellen, das eine Hochfrequenzstrahlung darstellt, die um ein Vielfaches höher ist, als die bereits bestehende 4G Technologie. Ein Auszug aus der deutschen Version [4] des internationalen Appells "Stopp von 5G auf der Erde und im Welt-raum" liest sich wie folgt:

Werden die Pläne der Telekommunikationsindustrie für den Ausbau von 5G tatsächlich wie vorgesehen umgesetzt, so wird kein Mensch, kein Tier, kein Vogel, kein Insekt und keine Pflanze auf diesem Planeten den aus 5G resultierenden Belastungen entkommen können. Dies gilt 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr; bei Feldstärken von HF-Strahlung, die um das zehn- bis hundertfache höher sind als heute, und ohne jede Möglichkeit, diesen elektromagnetischen Einflüssen noch irgendwo auf dem Planeten zu entkommen. Die Pläne zur Implementierung von 5G drohen ernste, irreversible Kon-

sequenzen für den Menschen und dauerhafte Schäden in allen Ökosystemen der Erde zur Folge zu haben.

In Deutschland fordert eine an den Deutschen Bundestag gerichtete E-Petition [5] die noch bis zum 04.04.19 gezeichnet werden kann, die Verfahren zur Vergabe von 5G-Mobilfunklizenzen auszusetzen und die Einführung des 5G-Mobilfunkstandards zu unterbinden, solange wissenschaftlich begründete Zweifel über die Unbedenklichkeit dieser Technologie bestehen.

Der offene Brief der Umweltmedizinerin Barbara Dohmen an den Präsidenten der Bundesnetzagentur kann hier in voller Länge [6] gelesen werden.

Weitere Hintergrundinformationen zum Thema gibt es auch in dem Artikel "5G - eine Gefahr für

die Gesundheit?" [7] unseres Partners Deutsche Welle.

Anmerkungen:

[1] <https://www.bund.net/service/-presse/pressemitteilungen/detail/-news/bund-fordert-dass-gesundheitliche-auswirkungen-von-5g-vor-dem-ausbau-erforscht-werden/>

[2] <http://www.greenmedinfo.com/blog/wireless-industry-confesses-no-studies-show-5g-safe>

[3] <https://www.5gspaceappeal.org/>

[4] <https://static1.squarespace.com/static/5b8db-c1b7c9327d89d9428a4/t/5c0ad21c8a922d2c70233dd-c/1544213026990/Internationaler+Appell+-+Stopp+von+5G+auf+der+Erde+und+im+Weltraum.pdf>

[5] <https://epetitionen.bundestag.de/petition/>

[nen/_2018/_12/_05/Petition_88260.nc.html](https://www.petitionen.de/petitionen/2018/12/05/Petition_88260.nc.html)

[6] <https://ul-we.de/wp-content/uploads/2019/03/190317-Offener-Brief-an-Herrn-Homann-Pra%CC%88s.-der-BNA.pdf> [7] <https://www.dw.com/de/5g-eine-gefahr-f%C3%BCr-die-gesundheit/a-47994257>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/industri/uinsr136.html>

UMWELT / KLIMA / INITIATIVE

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

#ActNOWForFuture:

Eltern und Großeltern für eine sichere, gerechte und saubere Zukunft

von Parents For Future Global, 4. April 2019

Offener Brief an alle

Am 15. März 2019 streikten 1,6 Millionen Schülerinnen und Schüler sowie Studierende aus 125 Ländern und mehr als 2.000 Städten für schnelle und entschiedene Maßnahmen gegen die uns bevorstehende Klimakrise. In Deutschland beteiligten sich mehr

als 300.000 Menschen in über 200 Städten.

Der Klimawandel schreitet schneller voran, als es noch vor zehn Jahren erwartet wurde, und zurzeit verlieren wir diesen Wettlauf. Bereits in den 1990er Jahren wurden internationale, nationale und regionale Anstrengungen,

den Klimawandel einzudämmen, auf den Weg gebracht. Doch dieser Weg hat sein Ziel, trotz der Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens, völlig verfehlt. Die weltweiten Anstrengungen müssten nun bereits verfünffacht werden, um die Erderwärmung dauerhaft unter 1,5°C zu halten. Schlimmer noch: Wir

befinden uns bereits um 1°C über dem vorindustriellen Niveau und steuern aktuell auf eine Welt zu, die noch während der Lebenszeit unserer Kinder um deutlich über 3°C wärmer sein wird. Wir hinterlassen ihnen damit eine unsichere Zukunft.

Was unsere Kinder uns heute sagen, ist nichts anderes als das, wovon uns die Wissenschaft bereits seit vielen Jahren warnt. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Der Klimawandel ist keine abstrakte Bedrohung mehr. Er ist eine existenzielle Krise, deren Auswirkungen wir bereits zu spüren bekommen: Zum Beispiel durch extreme Dürren in Honduras, zerstörerische Waldbrände in Kalifornien, Korallenbleiche in Australien, verheerende Taifune auf den Philippinen und den pazifischen Inseln, beispiellose Hitzewellen in Japan, sowie die verhängnisvollen Sturmfluten, die kürzlich Mosambik getroffen haben. Die Vereinten Nationen rechnen in den nächsten 50 Jahren weltweit mit 250 Millionen bis 1 Milliarde Klimaflüchtlingen. So könnten jedes Jahr 5 bis 20 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren, wenn wir den Klimawandel nicht schnell stoppen.

Die weltweite Jugendbewegung für den Klimaschutz leistet aktuell den schwierigsten Beitrag: Sie lehnt sich gegen die Trägheit des gegenwärtigen Systems auf um nicht nur ihre, sondern auch unsere Zukunft zu schützen. Unsere Kinder gaben uns den Impuls. Es ist jetzt unsere moralische Pflicht, als Erwachsene zu reagieren.

Wir - Eltern, Großeltern und alle, die sich um die jungen Menschen der nächsten Generation küm-

mern - stehen für die Zukunft unserer Kinder ein, im engen Schulterschluss mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Deren Bewertung der bereits beobachtbaren und zukünftigen Konsequenzen des Klimawandels machen unmittelbar greifende Handlungen notwendig. Deshalb fordern wir sofortige und deutlich mutigere Maßnahmen und Gesetze, die im Einklang stehen mit dem Ziel, die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Deshalb fordern wir, dass den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens [1] und den Empfehlungen des Sonderberichts des Weltklimarats [2] (IPCC) zur globalen Erwärmung von 1,5°C zu entsprechen ist. Das bedeutet nicht nur, dass die weltweiten Emissionen insgesamt auf null reduziert werden müssen, sondern auch, dass dies nun so schnell wie möglich und auf der Grundlage der Klimagerechtigkeit erfolgen muss.

Unsere Kinder haben mutig das öffentliche Bewusstsein geschärft und die weltweite Aufmerksamkeit für die Klimakrise auf ein noch nie da gewesenes Maß befördert. Sie haben uns Hoffnung gegeben. Jetzt sind wir es ihnen schuldig, endlich zu handeln, denn Hoffnung ohne Aktion bleibt Wunschdenken. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, wir sind die letzten Generationen, die überhaupt noch die Möglichkeit haben, unser Klima zu stabilisieren und einen katastrophalen Klimawandel abzuwenden.

Die Bewegung erlebt eine enorme Dynamik. Diese Dynamik wird jedoch nur weiter wachsen, wenn wir sie mit unserem eigenen Handeln fördern und sich ihr noch

mehr Menschen anschließen. Die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen bei ihrem weltweiten Klimastreik war der erste Schritt. Als Eltern und Großeltern müssen wir jetzt entschlossen handeln, um die Zukunft unserer Kinder und Enkel zu sichern. Als Bürgerinnen und Bürger müssen wir ihre Stimmen die Macht unserer Stimmen an der Wahlurne verleihen. Wir müssen unser Konsumverhalten hinterfragen und bei Kaufentscheidungen Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen.

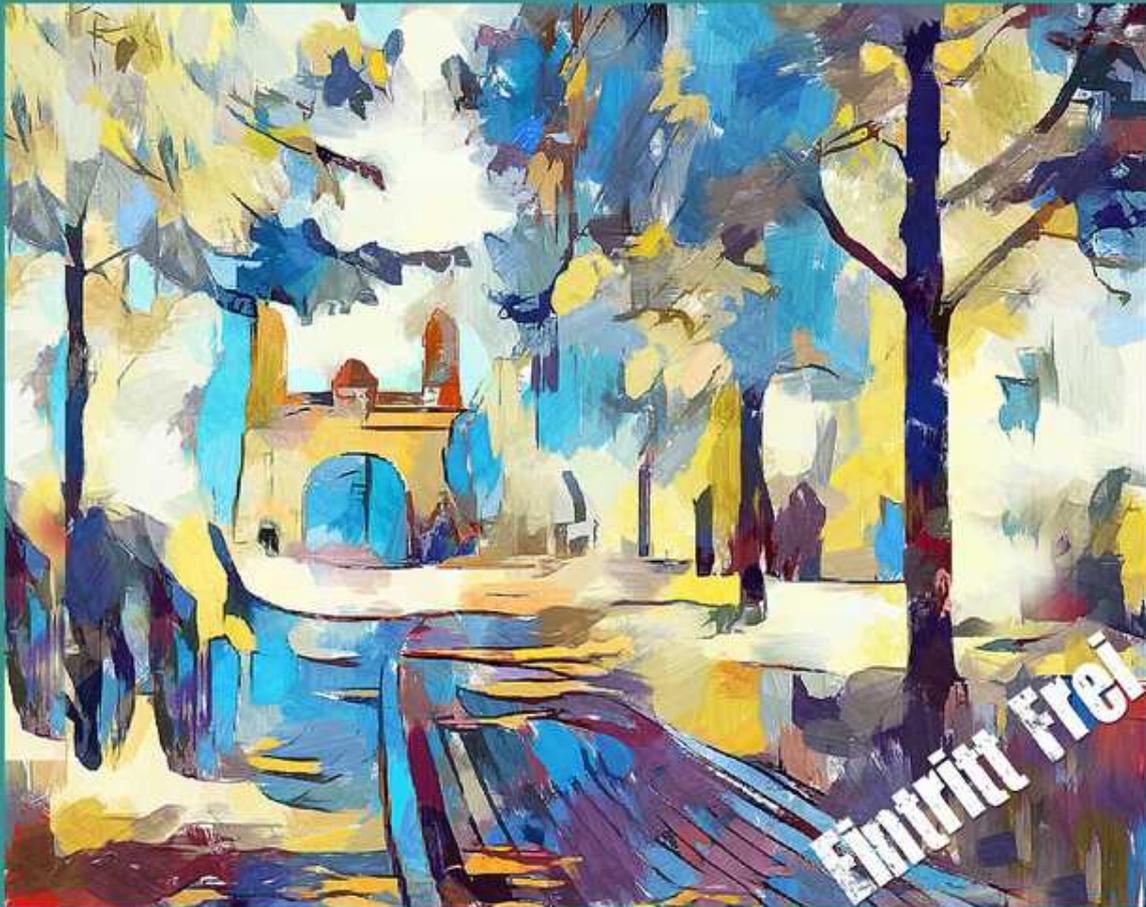
Der Klimawandel wird nicht einfach vorübergehen, wenn wir uns weigern, ihn anzuerkennen oder ihn weiter leugnen. Wir können das Klima nur bei 1,5°C stabilisieren, wenn wir Politikerinnen und Politiker oder Parteien wählen, die dieses Ziel klar und unmissverständlich zur obersten Priorität machen. Die Klimakatastrophe kann verhindert werden, wenn wir mehr werden, wenn wir andere informieren, inspirieren und wenn wir endlich handeln. Wir können erfolgreich sein, wenn wir uns über alle Schichten der Gesellschaft hinweg verbinden und mobilisieren.

Eltern! Wir sind überall Teil der Gesellschaft: In Klassenzimmern, auf Ackerflächen, in Fabriken, in Krankenhäusern, in Vorstandsetagen und Parlamenten. Wir haben die Kraft, diese sichere, gerechte und saubere Zukunft für unsere Kinder und uns alle zu erreichen.

Die Eindämmung des menschengemachten Klimawandels muss die größte Errungenschaft dieses Jahrhunderts werden. Gemeinsam sind wir bereit!

Foto - Malerei

IM *Komm du*



FOTOKUNST – VERFREMDETE DIGITALE FOTOGRAFIEN
VON SIEGFRIED SCHRECK
HAMBURG, HAFEN, SPEICHERSTADT + HAFENCITY, HARBURG – MOTIVE

DAS "KOMM DU" LADT EIN ZUR VERNISSAGE
AM SAMSTAG, DEN 6.4.19 VON 15:00 – 17:00 UHR

DAUER DER AUSSTELLUNG: VOM 6.4.19 – 14.6.19

KULTURCAFÉ "KOMM DU" – BUXTEHUDER STR. 13

21073 HAMBURG – HARBURG

WWW.KOMM-DU.DE

WWW.VONSCHRECK.DE

Über die Autoren

#ParentsForFuture sind Eltern, Großeltern, Betreuer, Beschützer, Stiefeltern, Paten, Tanten, Onkel und alle, die die Jugend in ihren Forderungen nach einer sicheren, gerechten und sauberen Zukunft unterstützen. Sie stehen Seite an Seite mit den Schülern und der Wissenschaft und verpflichten sich, jetzt zu handeln.

Dieser Brief ist auch verfügbar in:

Englisch

<https://www.parentsforfuture.org.uk/actnow>

Französisch

<https://www.parentsforfuture.org.uk/lang-french>

Griechisch

<https://www.parentsforfuture.org.uk/lang-greek>

Italienisch

<https://www.parentsforfuture.org.uk/lang-italian>

Spanisch

<https://www.parentsforfuture.org.uk/lang-spanish>

Schwedisch

<https://www.parentsforfuture.org.uk/lang-swedish>

Unterzeichnet wurde der Brief bisher von 52 Gruppen in 19 Ländern:

<https://www.parentsforfuture.org.uk/supporters>

Der Brief kann mit gezeichnet werden unter:

<https://www.change.org/p/act-now-for-future-climate-parents-letter>

Erstveröffentlichung:

<https://www.parentsforfuture.org.uk/lang-german>

Anmerkungen:

[1] <https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/109r01.pdf>

[2] <https://www.ipcc.ch/sr15/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/uklin171.html>

IMPRESSUM:

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter:

MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41,

25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse:

ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg /

HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung

(V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41,

25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10

Absatz 3 MDSStV: Helmut Barthel,

Dorfstraße 41,

25795 Stelle-Wittenwuth, ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber

räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht

ein, sich eine private Kopie für persönliche

Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind

Sie dagegen, die Materialien zu verändern

und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu

veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe,

auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher

Genehmigung des Verlages. Wenn nicht

ausdrücklich anders vermerkt, liegen die

Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut

Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wur-

den sorgfältig geprüft und nach bestem

Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und

Verarbeitung der publizierten Informationen

können jedoch Fehler nie mit

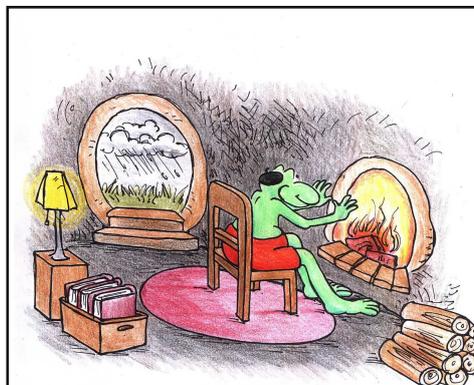
hundertprozentiger Sicherheit

ausgeschlossen werden.

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 5. April 2019

+++ Vorhersage für den 05.04.2019 bis zum 06.04.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Wolken grau,
der Regen sprüht,
Jean im Bau,
der Kamin glüht.